

Die Zukunft, die wir wollen –
das Hamburg, das wir brauchen.

Dokumentation.

8. Hamburger Ratschlag
13. November 2020

Schwerpunkt:
Nachhaltiger Konsum, Öffentliche
Beschaffung im Lebensmittelbereich und
Nachhaltige Wirtschaftspolitik



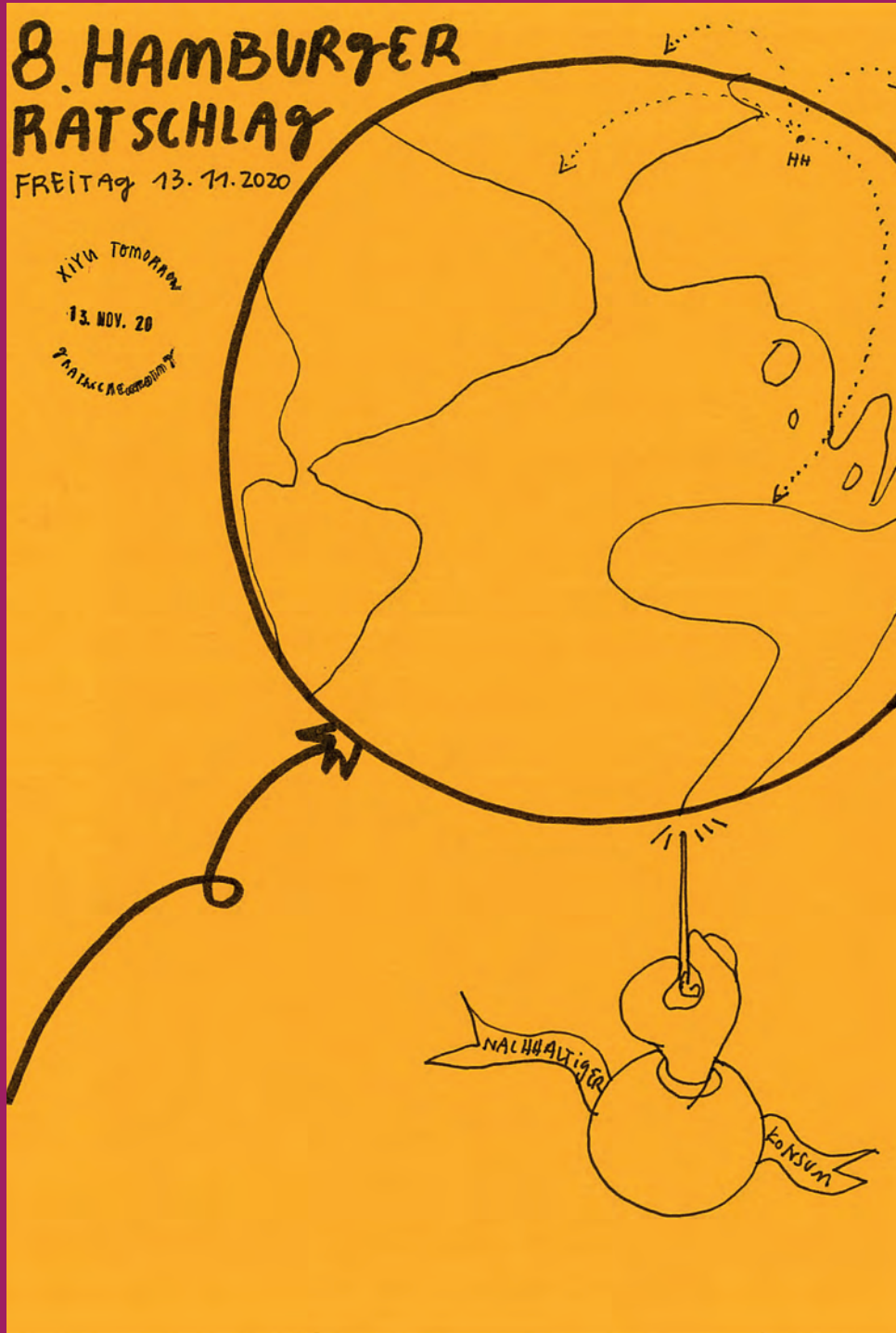
hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN



8. HAMBURGER RATSCHLAG

FREITAG 13. 11. 2020

XIYU TOMORROW
13. NOV. 20
PARTICIPATION



Die Hamburger Zivilgesellschaft.



Themen:

Nachhaltiger Konsum, Öffentliche Beschaffung im Lebensmittelbereich und Nachhaltige Wirtschaftspolitik

Aufgrund der Corona-Pandemie fand in 2020 nur ein Hamburger Ratschlag statt, der seit 2016 die Umsetzung der UN-Agenda 2030 in Hamburg begleitet. Dieses Jahr wurde er von 21 Hamburger NRO organisiert, stellvertretend verantwortlich: Arbeitsstelle Weitblick des Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein, BUND e.V., Marie-Schlei-Verein e.V., Mobile Bildung e.V. / Fair Trade Stadt Hamburg, Ökomarkt Verbraucher- und Agrarberatung e. V, SID Hamburg – Gesellschaft für internationale Entwicklung, W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. und Zukunftsrat Hamburg e.V. Die Veranstaltung und Diskussionen wurden moderiert von Dr. Anke Butscher.

Gemeinsam mit 87 Vertreter*innen der Hamburger Zivilgesellschaft wurde beim achten Hamburger Ratschlag zu den Themen nachhaltiger Konsum, öffentliche Beschaffung im Lebensmittelbereich und nachhaltige Wirtschaftspolitik Forderungen an den Hamburger Senat diskutiert und verabschiedet. Nach kurzen Inputs von Jörg-Robert Schreiber (Hamburger Bildungsagenda für nachhaltige Entwicklung) zum aktuellen Stand des „Masterplans Bildung für nachhaltige Entwicklung“, Dr. Wolfgang Lührsen (BUND-Landesverband Hamburg e. V.) zu Nachhaltigem Konsum, Mascha Menny (Finanzbehörde Hamburg) zu Öffentlicher Beschaffung und einem Interview mit Dr. Dirk Lau (Handelskammer Hamburg) von Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath (Marie-Schlei-Verein) zu Nachhaltiger Wirtschaftspolitik





Das Hamburg, das wir brauchen.



verteilten sich die Teilnehmer*innen auf drei Arbeitsgruppen, um Forderungen an den Hamburger Senat zu erarbeiten.

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie bedenklich eine Entwicklung des „immer höher, immer schneller, immer weiter“ ist. Jetzt wird befürchtet, dass die wirtschaftlichen Einbußen der Pandemie den bereits schleppenden Prozess des Umbaus zu einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Stadt noch mehr beeinträchtigen werden. Ein Beispiel dafür ist der in einem umfassenden Prozess mit der Zivilgesellschaft Hamburgs erarbeitete Masterplan für die Umsetzung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE), der die 17 Ziele der UN-Agenda 2030 in alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen transportieren soll. Seine Finanzierung und damit seine Umsetzung in Hamburg stehen immer noch aus. Damit verspielt der Senat die Akzeptanz der Bevölkerung für den notwendigen Umbau in allen Produktions- und Lebensbereichen für eine zukunftsfähige Gestaltung der Stadt.

Zeit haben wir nicht mehr – während wir die Auswirkungen der Klimakrise und des Artensterbens bereits spüren, verbrauchen wir hierzulande mit einem jährlichen CO₂-Fußabdruck von 10 Tonnen je Bürger und Jahr (Vergleich Indien: 1,7 t) dreimal mehr Ressourcen, als das Land jährlich zur Verfügung stellt. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik in Hamburg muss daher Kreislaufwirtschaft und eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft fördern. Sie muss die zur Stützung der Konjunktur erforderlichen Maßnahmen jetzt so ausrichten, dass sie die ökologische Transformation, die nachhaltige Produktion und nachhaltige Dienstleistungen sowie gute Arbeit fördert. Im Sinne des nachhaltigen Konsums müssen auch in Hamburg Aufklärung und Produktinformation das Angebot für Bürger*innen transparent gestalten. Dabei reicht es weder aus noch ist es fair, die Marktmacht der Konsument*innen, die als Motor für ein solches Umlenken der Wirtschaft gesehen wird, zu beschwören und damit die Verantwortung für diesen Prozess auf die Konsumententscheidung und das individuelle Portmonee zu verschieben.

Soziale und Umweltkosten herkömmlicher Produktion und Produkte dürfen nicht länger indirekt der Allgemeinheit (und damit der Natur, den Ärmsten der Welt und kommenden Generationen) aufgebürdet werden, sondern müssen durch gesetzlich geregelte reale Preise von denen finanziert werden, die sie verursachen. Überproduktion und Verschwendung von Lebensmitteln müssen vermieden und Grenzen für den Verbrauch von Ressourcen sowie für CO₂-Emissionen eingeführt werden. Und bis es entsprechende faire Preise und Gesetze gibt, muss die Stadt Hamburg ihre Vorbildfunktion im öffentlichen Einkauf und der Beschaffung noch weiter ausbauen. Dabei muss sich auch Hamburgs Politik und Wirtschaft bindend für die menschen- und umweltrechtlich gebotene Sorgfaltspflicht in den Lieferketten einsetzen.

Begrüßung Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath

Die Zeit für eine sozial und ökologische Transformation unserer Gesellschaft drängt. Bereits jetzt kritisieren verschiedenste Gremien weltweit als auch in Deutschland die bisherige mangelhafte Umsetzung der Agenda 2030 sowie des Pariser Abkommens. Prof. Dr. h.c. Randzio-Plath mahnt, dass auch wenn die Bundesregierung im nächsten Jahr eine neue Nachhaltigkeitsstrategie veröffentlichen wird, die Aktivitäten der Länder weit hinter den Notwendigkeiten zurückbleiben. Die Corona-Pandemie verschärft die aktuelle Lage noch, weil sie die Volkswirtschaften und mit ihnen die Politiken in die Enge treibt. Dennoch sind tiefgreifende Maßnahmen notwendig, die nichts weniger als einen Paradigmenwechsel einleiten müssen, der eine sozial-ökologische Transformation gewährleistet. Alle bisherigen Maßnahmen sind ungenügend, da sie nach wie vor auf Wirtschaftswachstum setzen, das keine planetaren Grenzen einhalten kann. Suffizienz und Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften sind bereits bekannte Strategien und Konzepte, um ein Wirtschaften zu beginnen, das den Menschen dient, und nicht umgekehrt. So ist die



Nachhaltige Entwicklung.



Verabschiedung der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) bisher nahezu ungehört verhallt. Schon jetzt ist klar, dass die Ziele mit der aktuellen Umsetzungsgeschwindigkeit nicht bis zum Jahr 2030 erreicht werden. Es ist weitaus mehr Engagement auf Bundes- und Landesebene nötig, da die bisherigen Umsetzungsschritte in Deutschland, aber auch in Hamburg bescheiden sind. Hier werden konkrete Umsetzungsmaßnahmen für den Hamburger Haushalt 2021 bis 2023 benötigt.

INPUTS

Impulsvortrag von Jörg-Robert Schreiber (Hamburger Bildungsagenda für nachhaltige Entwicklung)

Auch Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) soll die Transformation der Gesellschaften unterstützen, in dem der Gedanke der Nachhaltigkeit in Anbetracht der planetaren Grenzen Kinder und Jugendliche in Bildungseinrichtungen dazu befähigt, zukunftsfähiges Denken und Handeln zu entwickeln sowie die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen. Hamburg hat dazu in einem langen und umfassenden Prozess mit den beteiligten Behörden und rd. 70 zivilgesellschaftlichen Organisationen den BNE Masterplan entwickelt, der den Prozess der Adaption der BNE Kriterien für alle frühkindlichen bis jungerwachsenen Betreuungs- und Bildungsstätten skizziert. Seine Erstellung ist in der Fachszene ein bundesweit anerkanntes Vorbild, auch wenn er noch nicht in allen wichtigen Punkten den Nationalen Aktionsplan BNE umsetzt. Trotz der Notwendigkeit und Dringlichkeit für dieses Vorhaben sind die Finanzmittel dafür in Hamburg – und damit die Umsetzung - immer noch nicht gesichert, obwohl er in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung „hohe Priorität“ bekam. Der Masterplan ist dadurch als staatlich-zivilgesellschaftliches Gemeinschaftsproj-

jekt akut gefährdet. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern setzt die dringend notwendige gesellschaftliche Akzeptanz der zahlreichen vom Hamburger Senat geplanten zukunftsfähigen Vorhaben aufs Spiel wie sie z.B. mit dem Klimaplan beschlossen wurden. Bildung für Nachhaltige Entwicklung ermöglicht und fördert das Verständnis und die Umsetzung komplexer nachhaltiger Entscheidungen, die vor uns liegen. Am 12.11.2020 wurde dazu vom Hamburger Ratschlag nochmals ein Brief an die Staatsräte und Fraktionsvorsitzenden gesandt, um auf die Dringlichkeit hinzuweisen, wenn kommende Woche die Finanzmittel zum BNE Masterplan in Hamburg verabschiedet werden sollen.

Impulsvortrag von Dr. Wolfgang Lührsen (BUND-Landesverband Hamburg e. V.) zu Nachhaltigem Konsum

Zurzeit weist der ökologische Fußabdruck Deutschlands den Verbrauch von drei Erden auf (Vergleich: USA fünf und China zweieinhalb Erden). Um die Zukunftsfähigkeit der Menschheit zu gewährleisten, dürfen wir jedoch jährlich nicht mehr Ressourcen verbrauchen als planetar verfügbar. So muss auch in Hamburg der Verbrauch von Energie, Fleisch, Dünger, Pestiziden etc. drastisch gesenkt werden. Dabei ist es nicht fair, die Verantwortung der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften auf einzelne abzuwälzen. Auch wird individueller Minderkonsum den Ressourcenverbrauch nicht, wie benötigt, senken. Benötigt werden Politiken, die in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft Vorgaben und Gesetze erarbeiten. Zusätzlich müssen umweltschädigende Subventionen vermieden und Dienstleistungen und Produkte kostenwahr ausgezeichnet sein: Folgekosten für Umwelt und Soziales müssen beziffert werden. Schaut man sich hierzulande die aktuellen Subventionen oder die Ausbaupläne für Infrastruktur in den Bereichen Verkehr und Energie an, ist leider zu erkennen, dass, wie bisher, auf Wirtschaftswachstum gesetzt wird. Nach wie vor fehlen bei grünem Wachstum und grünem Konsum in individueller Verantwortung noch die zu spezifizie-



rende Abkopplung vom Ressourcenverbrauch. Die dafür notwendigen Gesetze, wie das Lieferkettengesetz oder Gesetze zur CO2 Reduktion, scheinen in absehbarer Zeit nicht realisiert zu werden. Sowohl über die UN als auch über das BMU wird die bisher defizitäre Umsetzung der UN-Agenda 2030 und des Pariser Abkommens kritisiert. Und Hamburg? Wenn man sucht, findet man im Hamburger Koalitionsvertrag auf 205 Seiten zwar fünf Mal Konsum, aber nur im Zusammenhang mit Drogen, 16 Mal Wachstum, immerhin 137 Mal nachhaltig, aber kein einziges Mal planetare Grenzen oder Suffizienz. Dazu noch ein Absatz zu nachhaltigen Veranstaltungen und einer zu den 17 Nachhaltigkeitszielen. Politiken – auch in Hamburg – simulieren Nachhaltigkeit. Sie geben Wirtschaft nach wie vor Vorrang vor Umwelt und sind damit weit davon entfernt, die Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu bewahren.

Impulsvortrag von Mascha Menny (Finanzbehörde Hamburg) zu Öffentlicher Beschaffung

Die Stadt Hamburg hat sich in einem umfassenden Prozess und mit der Veröffentlichung des Leitfadens für umweltverträgliche Beschaffung (Umweltleitfaden) 2016 auf den Weg gemacht, beim Erwerb von Waren und Dienstleistungen Nachhaltigkeitsaspekte zu beachten. Der Umweltleitfaden konkretisiert § 3b Hamburgisches Vergabegesetz (HmbVgG), wonach die Auftraggeberin dafür Sorge zu tragen hat, dass im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren negative Umweltauswirkungen bei der Erstellung, Lieferung, Nutzung und Entsorgung der zu beschaffenden Gegenstände oder Leistungen vermieden werden. Der Umweltleitfaden ist grundsätzlich bei allen Beschaffungen von Lieferungen und Leistungen ab 1.000 EUR zu beachten, darunter wird die Anwendung des Leitfadens empfohlen. Der Umweltleitfaden enthält allgemeine Anforderungen (z.B. an Verpackungen, Transport, Recyclingfähigkeit) ebenso wie produktspezifische Umweltaspekte für 19 Produktgruppen.

Öffentliche Beschaffung.

Eine Negativliste weist zudem darauf hin, welche Produkte grundsätzlich nicht beschafft werden sollen. Neben der Regelung zur umweltverträglichen Beschaffung enthält das Hamburger Vergabegesetz auch soziale Nachhaltigkeitsaspekte. In dem Wissen, dass die „Marktmacht“ auch Veränderungsprozesse bei den Anbietern bewirkt, übernimmt die Stadt Hamburg soziale und ökologische Verantwortung, auch als Vorbild. Was das bewirkt? Ein Beispiel aus der Praxis ist der Einkauf von Fairtrade-Kaffee. 2018 wurden so beispielsweise durch die Stadt Hamburg gesamt 7,8 t Fairtrade-Kaffee eingekauft. Bis Ende 2022 soll der Umweltleitfaden weiterentwickelt werden und ein Leitfaden für nachhaltige Beschaffung entstehen, der neben den Umweltkriterien auch zunehmend soziale Aspekte aufgreift

Interview Nachhaltige Wirtschaftspolitik mit Dr. Dirk Lau (Handelskammer Hamburg) von Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath (Marie-Schlei-Verein)



Randzio-Plath: Was für eine Bedeutung hat das SDG 12 „Nachhaltige/r Konsum und Produktion“ für die Hamburger Wirtschaft?

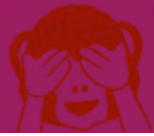
Lau: Ziel 12 gewinnt für Hamburger Unternehmen zunehmend an Bedeutung und wird verfolgt. Hamburger Unternehmen können sich nicht vom Trend abkoppeln und die Nachfrage nach nachhaltigen Waren und Dienstleistungen hat sich als machtvoller Trend entwickelt. Unternehmen beginnen zu verstehen, dass es auch in der Produktion ohne Nachhaltigkeit nicht mehr geht.

Randzio-Plath: Wie konkretisiert sich das?

Lau: In Dialogen, neuen Standards und Prozessen. Es wird mehr und mehr Nachhaltigkeit und der ökologische Fußabdruck bedacht, auch wenn die Entwicklung noch Zeit braucht.

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK 8. HAMBURGER RATSCHLAG ZUR UMSETZUNG DER UN-AGENDA 2030

Mit: Dr. Dirk Lau, Prof. Dr. h.c. Christa Randzio, Jürgen Reißner, Karsten Weitzenegger



Hamburger Wirtschaft kann Nachhaltigkeit nicht mehr ignorieren!



Sind die Bemühungen der Hamburger Wirtschaft ausreichend?

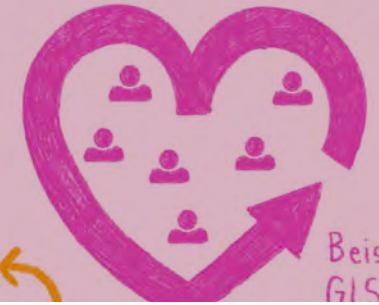


der Ziele

Nachhaltige Wirtschafts- politik.

Ressourcen und Energie

2. Gemeinwohlorientierung



Beispiel:
GLS Bank

Randzio-Plath: Viele sehen in den Nachhaltigkeitsberichten der Unternehmen eine Alibi-Funktion.

Lau: Die Unternehmen nicht. Die Entwicklung ist bereits angelaufen und Unternehmen nutzen die Berichte auch, um für sich selbst Rechenschaft abzulegen. Umfragen der Handelskammer haben gezeigt, dass Nachhaltigkeit für die Hamburger Wirtschaft immer wichtiger werden.

Randzio-Plath: Wie bewerten Sie die Abkehr von bisherigen Wirtschaftskonzepten für die Hamburger Wirtschaft?

Lau: Es gibt ein Bekenntnis vieler Hamburger Unternehmen zum Wirtschaftswachstum, gleichwohl wird gesehen, dass dies vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden muss.

Randzio-Plath: Müssen neben dem BIP nicht auch soziale und ökologische Aspekte des Wirtschaftens gemessen werden?

Lau: Das BIP ist nicht der Maßstab aller Dinge, aber eine gute Kennzahl, um den Wert des Handels mit Waren und Leistungen zu messen. Und es bildet die Grundlage für die Lösung anderer Aspekte. Sieht man sich die Armutszahlen von Kindern in Hamburg an, bleibt noch viel zu tun. Mir persönlich fehlt die Fantasie, wie man den Zielen Nr. 1 und 8 der UN, „Armut verringern“ und „Menschenwürdige Arbeit und wirtschaftliches Wachstum“, ohne Wachstum näherkommen kann.

Randzio-Plath: Es gibt zwei Hebel – Kreislaufwirtschaft und neue Technologien sowie Gemeinwohloökonomie – welche Branchen haben hier Vorreiterfunktion?

Lau: Die Kreislaufwirtschaft hat viel Beachtung gefunden. Zu nennen wären da beispielsweise Initiativen von BUDNI, Unilever und die Hamburger Abfallwirtschaft, die mit einem Flaschenrücknahmesystem den Ressourcenverbrauch einschränken wollen. Aber auch beim Recyceln von Elektroabfall haben die Abfallwirtschaft sowie Hamburger Unternehmen wie Aurubis und einige Softwareunternehmen gute Fortschritte erzielt. Und dann ist da noch die Umweltpartnerschaft Hamburg, die

Unternehmen hinsichtlich Kreislaufwirtschaft berät.

Randzio-Plath: Und die Gemeinwohloökonomie?

Lau: Ist eine weitere Methode, um einen nachhaltigen Wirtschaftsprozess zu beginnen und zu steuern. Auch immer mehr Hamburger Unternehmen lassen sich gemeinwohlobilanzieren. Gemeinwohloökonomie rückt also auch für Hamburger Unternehmen mehr und mehr ins Blickfeld. Doch auch andere Methoden sind wichtig und relevant.

Randzio-Plath: Sollte der Staat Vorgaben machen?

Lau: Der Staat muss allgemeine Ordnungspolitik betreiben. Vorgaben können helfen, aber die Handelskammer hat noch keine Position dazu erarbeitet. Und wie viele Unternehmen Vorgaben fordern würden, ist nicht ausgemacht.

Randzio-Plath: Wie sieht es bei den aktuellen Subventionen aus? Hätte man diese an Nachhaltigkeitskriterien knüpfen sollen?

Lau: Ich würde zwischen den verschiedenen Instrumenten trennen. So wurde beispielsweise der Einstieg des Bundes bei der Lufthansa an eine klimaschonendere Entwicklung der Flugzeitflotte gekoppelt. Ansonsten sind wir gerade in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg und die aktuellen Subventionen dienen dazu, Unternehmen am Leben zu halten. Diese wären in der jetzigen Situation mit Auflagen zur Nachhaltigkeit überfordert.

Randzio-Plath: Wie auch schon der aktuelle Stand zum Lieferkettengesetz zeigt, ist der Weg zu gesetzlichen Vorgaben für mehr Nachhaltigkeit ein langwieriger Prozess, der deutlich zu forcieren ist.

Austausch Plenum, Moderation Dr. Anke Butscher

Lau: Es ist zu bedenken, dass das Lieferkettengesetz und andere staatlichen Vorgaben dazu führen könnte, dass sich Unternehmen aus dem



Lieferketten-gesetz.

Handel mit einigen Ländern aufgrund fehlender Menschenrechts- und Umweltstandards zurückziehen und Unternehmen aus anderen Ländern sich engagieren. Ob das immer hilfreich für Menschenrechte ist, ist nicht ausgemacht.

Lührsen: Aber um die Resilienz von Gesellschaften und Menschen zu stärken, sind regionale Beschaffung, Lieferketten und staatliche Vorgaben notwendig. Zumal zu erwarten ist, dass auch international aufgrund der Wirtschaftskrise der Ton rauer werden wird.

Butscher: Wäre das Lieferkettengesetz eine gute Vorgabe?

Menny: Wenn ein Lieferkettengesetz zu mehr Transparenz in der Lieferkette führt, dann ist dies auch im öffentlichen Einkauf hilfreich, da es dann einfacher wird, Anforderungen an die Produktions- und Lieferkette zu stellen und entsprechende Nachweise zu fordern.

Butscher: Und für die Hamburger Firmen und Handelskammer?

Lau: Die Positionierung der Handelskammer Hamburg dazu ist nicht abgeschlossen. Es gibt auch große Unternehmen, die diese Vorgaben sogar rigoros fordern, da sie sonst in diese Richtung keine Entwicklung sehen.

Randzio-Plath: Die Entscheidung über das Lieferkettengesetz findet nächste Woche statt und aktuell ist die Zivilgesellschaft, die sich dazu in vielen Gremien engagiert, sehr beunruhigt. Es wird befürchtet, dass es nicht verabschiedet wird.

Lau: Das Gesetz sollte so gestaltet werden, dass viele Unternehmen sich gerade wegen der Menschenrechte aus vielen Ländern nicht zurückziehen. Ein Rückzug wäre für die Entwicklung dieser Länder auch nicht hilfreich.

Butscher: Hier noch eine Frage aus dem Chat: Hat Hamburg ein Anreizsystem für ein nachhaltiges Unternehmertum?



Lau: Nein, aber es gibt verschiedene freiwillige Bündnisse. Zurzeit ist jedoch die Nachfragemacht der wichtigste Faktor.

Butscher: Hier noch ein weiterer Kommentar aus dem Chat: Nur Zertifizierungen helfen doch nicht weiter und ein Problem ist sicher auch, dass der Weg vom Wissen zum Tun so lang ist. Zertifizierungen helfen da nicht weiter und die Politik kann ihre Bürger auch nicht einfach mal mit Vorschriften erziehen.

Lührsen: Wir sind dreifach über der planetaren Nachhaltigkeitsgrenze und verbrauchen bereits jetzt drei Erden. Wir werden daher ohne Zertifizierungen nicht auskommen. Auch wichtig wären Bürgerversammlungen, um Bewusstsein und Akzeptanz zu entwickeln und regionale Lösungen zu entwickeln.

Randzio-Plath: Bis wann wird der Nachhaltigkeitsleitfaden für Hamburg entwickelt?

Menny: Bis Ende 2022 – die Stadt ist dabei.

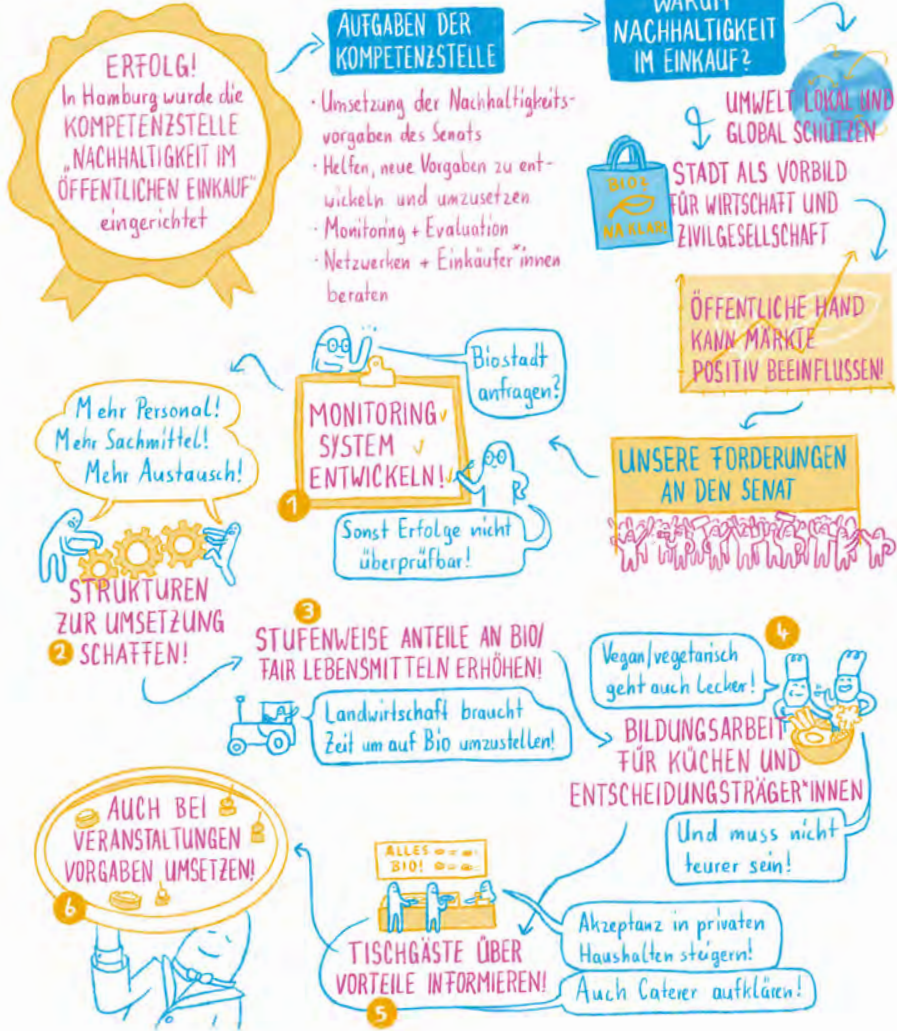
Butscher: Hier noch ein Kommentar aus dem Chat: Unternehmen sind den Stakeholdern und den Mitarbeitern verpflichtet. Deshalb muss der Staat Regularien etc. vorgeben, wie z.B. das Lieferkettengesetz und Regeln zur Korruptionsprävention für alle, zu Gunsten der Allgemeinheit.

Lührsen: Vor einiger Zeit gab es in der USA eine Umfrage unter CEOs. Die Mehrheit forderte sogar Regeln und Gesetze, da, wenn alle die gleichen Bedingungen haben, keiner auf dem freien Markt benachteiligt wird.

Randzio-Plath: Genau das kam auch beim siebten Hamburger Ratschlag in der Diskussion mit Hamburger Unternehmen heraus. Wenn der Staat keine Gesetze erlässt, werden die Pioniere des sozial- und umweltgerechten Wirtschaftens auf dem Markt benachteiligt werden. ■

8. HAMBURGER RATSCHLAG ZUR UMSETZUNG DER UN-AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG IM LEBENSMITTELBEREICH

Mit Mascha Menny (Finanzbehörde Hamburg),
Christine Priessner (Mobile Bildung e.V.),
Christina Zurek (Ökomarkt Verbraucher- und
Agrarberatung e.V.), Moderation: Dr. Anke
Butscher (Lorsus)



8. Hamburger Ratschlag

13. November 2020

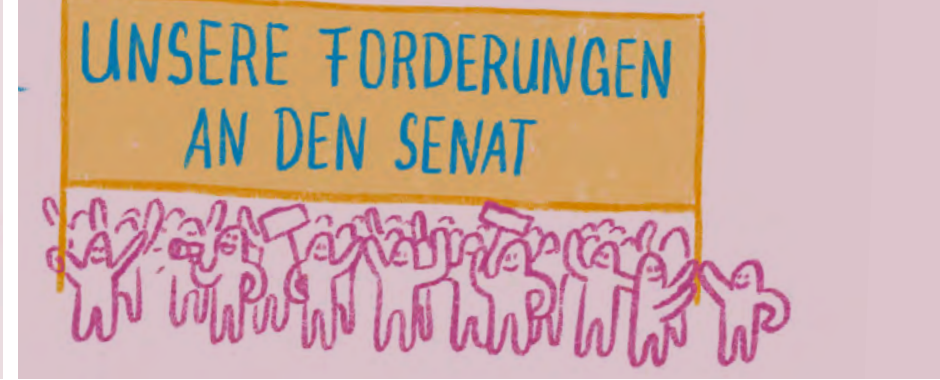


hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN

ENDE

Schon war's
BIS BALD.

Forderungen.



Forderungen der Arbeitsgruppen

In drei Arbeitsgruppen – **Nachhaltiger Konsum** mit Stefanie Gokel (Zukunftsrat Hamburg e.V.) und Dr. Wolfgang Lührsen (BUND-Landesverband Hamburg e. V.), **Öffentliche Beschaffung im Lebensmittelbereich** mit Christine Priessner (Mobile Bildung e.V. / Fair Trade Stadt Hamburg) und Christina Zurek (Ökomarkt Verbraucher- und Agrarberatung e. V.), **Nachhaltige Wirtschaftspolitik** mit Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath (Marie-Schlei-Verein), Jürgen Reißner (Arbeitsstelle Weitblick, Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein) und Karsten Weitzenegger (SID Hamburg – Gesellschaft für internationale Entwicklung Hamburg e.V.) – wurden abschließend mit den Teilnehmer*innen gemeinsam Forderungen an die Stadt Hamburg erarbeitet (siehe extra Blatt „Forderungen des achten Hamburger Ratschlags“).

Abschlusswort

Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath dankt den Teilnehmenden für das gemeinsame digitale Beteiligungsexperiment in den Zeiten von Covid-19, für die rege Teilnahme und die wichtigen Beiträge. Das Organisationsteam wird die Forderungen zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 in Hamburg auf Kürze und Prägnanz hin überarbeiten und dem Hamburger Senat zukommen lassen. Das Protokoll wird dann wieder für alle einsehbar veröffentlicht. **Der nächste Hamburger Ratschlag – auch in digitaler Form – ist für den 23. April 2021 geplant.**

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK

8. HAMBURGER RATSCHLAG ZUR UMSETZUNG DER UN-AGENDA 2030

Mit: Dr. Dirk Lav, Prof. Dr. h.c. Christa Randzio, Jürgen Reißner, Karsten Weitzenegger



Hamburger Wirtschaft kann Nachhaltigkeit nicht mehr ignorieren!



Sind die Bemühungen der Hamburger Wirtschaft ausreichend?



FORDERUNGEN

1. Staatliche Förderung wird an Verträge gebunden, in der nachhaltige Produktion und Dienstleistung sowie „gute Arbeit“ gewährleistet werden.
2. Pleiten müssen verhindert, Beschäftigung gerettet/gesichert werden. Für nachhaltiges Wirtschaften müssen Zuschüsse / Subventionen allerdings an Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden.
3. Wichtig sind dabei insgesamt ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten auf Basis der EU-Vorgaben Green Recovery und Green Deal.
4. Nachhaltige Hafenwirtschaft ist angesagt.
5. Leistungen der Daseinsfürsorge sollten in der öffentlichen Hand liegen.

Zum Erreichen der Ziele der UN-Agenda 2030 und eine neue Beurteilung erfolgreichen Wirtschaftens bedarf es vor allem zweier Hebel:

1. Kreislaufwirtschaft



Initiativen, die es bereits in Hamburg gibt: Hamburg-Flasche, FORCE-Projekt, Zentrum für Ressourcen und Energie

2. Gemeinwohlorientierung



Beispiel: GLS Bank

Daraus ergeben sich 5 Forderungen durch den Hamburger Ratschlag

Der Ratschlag wird organisiert von:



Beteiligte Organisationen:



Unterstützt von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung aus Zweckerträgen der Lotterie Bingo!
Die Umweltlotterie sowie RENN.nord



Hamburger Ratschlag

Christa Randzio-Plath, Vorsitzende (ViSdP) Marie-Schlei-Verein e. V.

Grootruhe 4, 20537 Hamburg

www.2030hamburg.de



hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN